

Regierungsratsbeschluss

vom 4. Februar 2014

Nr. 2014/230

Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative 13.467: "Kostentragungspflicht für Ausgleichsenergie: Gewährleistung einer sicheren Stromversorgung (UREK-N)" Schreiben an das Bundesamt für Energie BFE, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 19. November 2013 gelangt die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) an die Kantonsregierungen und ersucht die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative "Kostentragungspflicht für Ausgleichsenergie: Gewährleistung einer sicheren Stromversorgung (UREK-N)". Dem Schreiben lagen die entsprechenden Unterlagen bei.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes wird die Stellungnahme an das Bundesamt für Energie (BFE) zur parlamentarischen Initiative "Kostentragungspflicht für Ausgleichsenergie: Gewährleistung einer sicheren Stromversorgung (UREK-N)" beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Energie (BFE) vom 4. Februar 2014

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2, GK-Nr. 2013-3285)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (2)
Amt für Wirtschaft und Arbeit, Energiefachstelle
Bau- und Justizdepartement, Amt für Umwelt (2)
Ratsleitung (8)
Medien (jae)